

Am 26. Juni wird über Franchisenabschaffung für Rentner abgestimmt

Letztes Wort Die Regierung hat die Volksabstimmung zur DpL-Initiative noch vor den Sommerferien angesetzt: Am 26. Juni wird an der Urne über die Abschaffung der Krankenkassen-Franchise für Rentner entschieden.

VON HANNES MATT

Am Sonntag, dem 26. Juni 2022, wird das Stimmvolk über die Volksinitiative der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) zur Befreiung der Rentner von der Kostenbeteiligung in Höhe von 500 Franken (Franchise) entscheiden, wie die Regierung angeordnet und heute bekannt gegeben hatte (Seite 8).

Die Initiative ist eine Reaktion auf den Rentenstillstand seit 2011, wie die DpL argumentiert. Damit würden zwar die Renten nicht erhöht,

aber die Lebenshaltungskosten für Pensionisten gesenkt. Zudem sei es sinnvoller, kleine Schritte zu gehen, als gleich das ganze Problem beheben zu wollen. Kritiker des Vorstosses bemängeln insbesondere das «Giesskannenprinzip». Die Regierung gab auch zu bedenken, dass Versicherte im Rentenalter aufgrund der tendenziell höheren Gesundheitskosten im Alter heute schon gegenüber Jüngeren begünstigt seien. Diese Entlastung, die jährlich knapp vier Millionen Franken ausmacht, werde von der Allgemeinheit der Prämienzahler subventioniert. Zudem gelten die Vergünstigungen für alle Rentner, unabhängig von ihrer Einkommens- und Vermögenssituation. Einkommensschwache Rentner könnten zur Entlastung eine Prämienverbiligung beantragen.

Landtag lehnt Vorhaben ab

Bereits im letzten Herbst hatte der Landtag einen Vorstoss der DpL ab-



Die nächste landesweite Abstimmung gibt es am 26. Juni. (Symbolfoto: Zanghellini)

gelehnt. Die Oppositionspartei lancierte folgend erfolgreich eine Volksinitiative, wobei rund 2800 beglaubigte Unterschriften von Stimmbürgern zusammenkamen (1000 wären nötig gewesen). Anfang Mai hat sich der Landtag wie-

derum mit der Frage beschäftigt und dem DpL-Vorhaben erneut eine Absage erteilt. Dies hatte zur Folge, dass die Regierung automatisch mit der Durchführung einer Volksabstimmung in den nächsten drei Monaten beauftragt wurde.